

## **A-2 Armut bekämpfen, Absicherung für alle!**

Gremium: Bundesvorstand, Fachforum Wirtschaft,  
Soziales und Gesundheit  
Beschlussdatum: 08.10.2020  
Tagesordnungspunkt: A Startpunkt Krise – Aufbruch in ein neues  
Morgen

### **Antragstext**

1 Vor 17 Jahren trat die Agenda 2010 in Kraft und damit auch ein massiver Umbau  
2 des Sozialstaats. Das Ziel der Agenda war es, "den Standortfaktor Deutschland zu  
3 stärken" und die sogenannte Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

4 Eindrücklich hat sie gezeigt, dass nicht alles, was für die Wirtschaft gut ist,  
5 auch für die Menschen gut ist. Im Zweifel heißt Standortfaktoren zu stärken  
6 nämlich, Löhne zu senken und soziale Sicherungssysteme abzubauen.

7 Mit der Lockerung von Arbeiter\*innenrechten schaffte man den größten  
8 Niedriglohnsektor Europas. Was auf der einen Seite attraktiv für Unternehmen  
9 ist, hat auf der anderen Seite Millionen von Menschen Armut gebracht.  
10 Fast jede\*r vierte Lohnarbeiter\*in lebt heute knapp über oder unter der  
11 Armutsgrenze.

12 Mit Hartz 4 wurde eine Leistung geschaffen, die nicht zum Ziel hatte, Menschen  
13 abzusichern und vor Armut zu schützen. Die Prinzipien von "Fordern und Fördern"  
14 haben zum Ziel, Menschen schnellstmöglich zurück in den Arbeitsmarkt zu drängen.  
15 Gefördert wird dabei jedoch lediglich der Niedriglohnsektor. Wer wählen muss  
16 zwischen einer prekären Beschäftigung und der Aussicht, mit Hartz 4 zurück  
17 gelassen zu werden, hat keine richtige Wahl. Was dabei verloren geht, ist das  
18 Recht auf Selbstbestimmung und die eigene Lebensgestaltung, sowie die  
19 Perspektive, diesen Teufelskreis aus eigener Kraft verlassen zu können.

### **Eine Frage der Demokratie**

21 Das Zusammenspiel von dem Auflösen sicherer Arbeitsverhältnisse und dem Wissen  
22 darum, dass Hartz 4 keine wirkliche Existenzsicherung ist, führt zu einem  
23 Verlust von Sicherheit und Vertrauen in Politik, Demokratie und Rechtsstaat und  
24 damit auch zu einer gesellschaftlichen Spaltung. An dieser Spaltung versuchen  
25 Rechte stetig, mit ihren menschenfeindlichen Ideologien anzuknüpfen.

26

27 Spätestens damit wird das sozial- und arbeitsmarktpolitische "Weiter so!" zur  
28 fahrlässigen Gefährdung für unsere Demokratie. Die aktive Verweigerung, Armut in  
29 unserer Gesellschaft konsequent zu bekämpfen, kommt der Förderung  
30 gesellschaftlicher Spaltung gleich. Soziale Fragen betreffen nicht nur die  
31 diejenigen, die unmittelbar von Armut und Ausbeutung betroffen sind, sondern uns  
32 alle: An ihnen misst sich, wie krisenfest eine Gesellschaft ist und wie ernst  
33 wir das Versprechen auf gleichwertige Lebensverhältnisse und den Anspruch auf  
34 ein Leben in Würde meinen.

35 Der Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit ist ein Kampf für unsere Demokratie.  
36 Gesellschaftliche Spaltung und der ständige Druck, nicht in Armutsverhältnisse  
37 abzurutschen, führt zu Konkurrenzkampf, Abgrenzungskämpfen und verhindert  
38 Solidarität und Zusammenhalt innerhalb unserer Gesellschaft. Es ist unsere  
39 Pflicht als Verteidiger\*innen der Demokratie, eine standhafte soziale  
40 Absicherung und echte Perspektiven für gesellschaftliche und ökonomische  
Teilhabe zu schaffen.

41 Dass es Armut gibt, ist kein Naturgesetz. Sie entspringt einer Gesellschaft, die  
42 auf Klassengegensätzen aufbaut. Dass Wenige immer reicher werden können, liegt  
43 nicht zuletzt daran, dass es auf der anderen Seite Ausbeutung und Armut gibt.  
44 Die Unterschiede zwischen Arm und Reich werden so aktiv aufrecht erhalten. Doch  
45 wir sind nicht machtlos gegenüber diesem Ungleichgewicht, gesellschaftliche  
46 Verhältnisse sind veränderbar: Gemeinsam kämpfen wir für eine Gesellschaft, in  
47 der niemand in Armut leben muss, denn es reicht für uns alle!

48 Wir brauchen eine vollständige Abkehr von der Agenda 2010 und ihrem neoliberalen  
49 Geist. Im Fokus unserer Politik stehen die Bedürfnisse der Vielen und nicht die  
50 Profitinteressen der Wenigen.

### 51 **Armut und Ausbeutung bekämpfen, dem Niedriglohnsektor den Kampf ansagen!**

52 Schnell denkt man bei Armut nur an Arbeitslosigkeit. Jedoch leben viele Menschen  
53 in Armut, weil sie im Niedriglohnsektor feststecken. Unsere viel zu niedrigen  
54 Mindestlöhne, Werkverträge, Leiharbeit und jahrelange Fehlentwicklungen im  
55 Niedriglohnsektor zwingen schon jetzt Menschen, die arbeiten gehen, mit Hartz 4  
56 aufzustocken.

57 Besonders die Berufsgruppen, die wir in der Coronakrise als  
58 gesellschaftsrelevant erlebt haben, wie Pflege, Supermarktmitarbeiter\*innen,  
59 Putzkräfte und Menschen in der Ernte, im Schlachtbetrieb oder in der Baubranche  
60 werden in den Niedriglohnsektor gezwungen und bekommen weniger Lohn als ihnen -  
61 gemessen am gesellschaftlichen Wert ihrer Arbeit - zusteht. Unter der Prämisse  
62 der Finanzkrise 2008 rechtfertigen Politiker\*innen und Arbeitgeber\*innen immer  
63 noch prekäre und befristete Arbeitsverhältnisse, verdienen sich damit eine  
64 goldene Nase oder rühmen sich mit einer niedrigen Arbeitslosenquote. Doch diese  
65 Zahlen sind keine wirklichen Indikatoren für Wohlstand oder Gerechtigkeit - die

66 Folgen der Krise werden weiterhin auf den Schultern der Ärmsten abgeladen. Damit  
67 muss Schluss sein. Wir sagen dem ausbeuterischen Niedriglohnsektor den Kampf an  
68 und fordern:

- 69 • Einen armutsfesten Mindestlohn, der bei mindestens 15 Euro liegt und  
70 ausnahmslos in jedem Alter und jedem Beschäftigungsverhältnis gilt.
  
- 71 • Die Stärkung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen
  
- 72 • Die Umwandlung aller Minijobs in sozialversicherungspflichtige  
73 Beschäftigungsverhältnisse
  
- 74 • Ein Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen
  
- 75 • Ein Verbot sachgrundloser Befristung von Arbeitsverträgen

### 76 **Absicherung für alle: Ein Sicherheitsnetz, dass niemanden zurücklässt!**

77 Wenn Menschen arbeitslos werden, braucht es ein Sicherheitsnetz, dass sie  
78 auffängt.

79 Eine Grundsicherung ist ein Grundrecht und darf kein Instrument sein, um  
80 Menschen wieder auf den Arbeitsmarkt zu zwingen. Hartz 4 ist dazu nicht in der  
81 Lage, deswegen müssen wir es überwinden. Wir brauchen eine Grundsicherung, die  
82 niemanden zurücklässt und Menschen auffängt, die arbeitslos sind. Als Eckpfeiler  
83 fordern wir:

- 84 • Ein Ende der Sanktionierung:  
85 Sanktionen sind ein Mittel, um Menschen in Lohnarbeit zu zwingen, die  
86 nicht selten schlecht bezahlt, befristet oder fern von den Interessen der  
87 jeweiligen Person liegen. Niemand darf zur Arbeit gezwungen werden. Das  
88 Existenzminimum ist bedingungslos zu gewährleisten, denn alles andere ist  
89 menschenunwürdig.
  
- 90 • Eine armutsfeste Höhe:  
91 Hartz 4 ist künstlich kleingerechnet und liegt mindestens 200 Euro unter  
92 dem tatsächlichen Existenzminimum. Dadurch verwehrt man Menschen  
93 Sicherheit und die Möglichkeit für Teilhabe an der Gesellschaft.

94 Wir fordern eine Grundsicherung in Höhe von mind. 1100 Euro. Mit  
95 inbegriffen sind sowohl das Existenzminimum als auch die Kosten der  
96 Unterkunft.

97 Die individuelle Lebenssituation muss es dabei weiter möglich machen,  
98 Mehrbedarfe zu beantragen.

99 • Eine automatische Auszahlung:

100 Die Grundsicherung automatisch soll an alle ausgezahlt werden, die in  
101 keinem Lohnarbeitsverhältnis sind. Niemand in Lohnarbeit sollte mit der  
102 Grundsicherung noch aufstocken müssen, um über die Armutsgrenze zu kommen.  
103 Solange es noch keinen armutsfesten Mindestlohn gibt, sorgt die  
104 Grundsicherung dafür, dass niemand unterhalb der Armutsgrenze leben muss.  
105 So machen wir Schluss mit verdeckter Armut. Als Mittel zur Automatisierung  
106 kann sich eine Eingliederung ins Steuersystem eignen.

107 Kinder haben ein Recht und einen eigenständigen Anspruch auf die Sicherung ihres  
108 Existenzminimums. Wir fordern:

109 • Eine Kindergrundsicherung:

110 Aktuell wird Familien in Hartz 4 das Kindergeld angerechnet, während  
111 wohlhabende Familien sogar einen höheren Betrag als das Kindergeld durch  
112 Steuerfreibeträge erhalten. Das ist nicht gerecht!  
113 Wir wollen das Kindergeld durch die Kindergrundsicherung ablösen.  
114 Sie stellt sicher, dass die Familien, die es am meisten benötigen, die  
115 meiste finanzielle Unterstützung erhalten. Alle Familien bekommen den  
116 selben Grundbetrag von mindestens 300 Euro, der das jetzige Kindergeld  
117 ersetzt. Dazu kommt ein Zusatzbetrag, der mit dem Einkommen der Eltern  
118 abschmilzt.

119 Eine gute Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht und darf nicht vom  
120 Geldbeutel abhängen. Gleichzeitig wird eine schlechte Gesundheitsversorgung  
121 schnell zur Armutsfalle, deswegen fordern wir:

122 • Eine Bürger\*innenversicherung:

123 Unser Gesundheitssystem ist in zwei Klassen unterteilt: Privat- und  
124 gesetzliche Krankenkassen. Um endlich aus diesem ungerechten System  
125 auszusteigen, fordern wir eine Bürger\*innenversicherung für alle. Sie  
126 garantiert, dass niemand im Wartezimmer aufgrund des höheren Einkommens  
127 bevorzugt wird und sichert allen Menschen unabhängig vom Geldbeutel  
128 gleichberechtigt die notwendige Medizin zu.

129 Der Kampf gegen soziale Spaltung ist nur zu gewinnen, wenn wir uns  
130 zusammenschließen. Als GRÜNE JUGEND reihen wir uns in die Kämpfe der  
131 Arbeiter\*innen ein und machen klar: Eine Gesellschaft ohne Armut ist möglich!